

21.03.2014

Die Mitte **CDU**

**ANDREAS
MATTFELDT MdB**
VERDEN – OSTERHOLZ

BUNDESTAG AKTUELL

Liebe Freunde,

mit großer Sorge verfolgen wir die Entwicklung in der Ukraine. Die russische Staatsführung hat mit ihrem völkerrechtswidrigen Vorgehen auf der Krim Fakten geschaffen, unter deren Eindruck Europa nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann.

In solchen Zeiten muss man eine klare Haltung haben, man muss sie offen aussprechen und entsprechend unbeirrt handeln. Wir wissen uns mit unseren transatlantischen und europäischen Freunden einig, wenn wir den russischen Völkerrechtsbruch als Völkerrechtsbruch bezeichnen. Wir verfallen aber nicht in die Reflexe früherer Jahrzehnte, sondern setzen auf die Problemlösungswege des 21. Jahrhunderts. Für uns scheiden militärische Maßnahmen daher selbstverständlich aus. Wir werden aber alle Mittel anwenden, die der Völkergemeinschaft darüber hinaus zur Verfügung stehen. Uns ist klar, dass in einer wirtschaftlich vernetzten Welt Sanktionen nicht nur eine Seite treffen. Wir sind bereit, diesen Preis zu zahlen. Die ersten Beschlüsse der EU dazu sprechen eine deutliche Sprache.

Wir fordern Präsident Putin erneut dazu auf, konstruktive Schritte einzuleiten. Das Völkerrecht und unsere in Europa nach zwei schrecklichen Weltkriegen so mühsam erarbeitete multilaterale Friedensordnung müssen wieder voll und ganz gelten. Wir sind froh, dass unsere Bundeskanzlerin als profunde Kennerin Russlands und auf Basis unserer Werte so besonnen und intensiv an der Lösung dieser Krise arbeitet.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer



Verkauf der RWE Dea ist Ausverkauf der Interessen der Bürger

Wenn ich auf die zuletzt beim Erdbeben entstandenen Schäden schaue und mir dann ansehe, dass die RWE Dea nun an einen russischen Oligarchen verkauft werden soll, dann macht sich bei mir mehr als Unbehagen breit. Ich habe mich in Briefen an Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier gewandt. Darin bat ich um Auskunft, wie mit dem Verkaufsvorhaben von Seiten der Bundesregierung umgegangen werden soll. Ich verweise darin darauf, dass die Bürger in der Region angesichts des geplanten Verkaufs extrem beunruhigt seien. Außerdem habe ich darauf hingewiesen, dass bereits bisher die RWE Dea nicht sehr kooperativ bei den aufgetretenen Problemen – ausgetretenes Benzol, Erdbeben – agiert hat und ich befürchte, dass das unter dem russischen Oligarchen noch schlimmer werde: „Die Bürger fühlten sich bisher schon von Politik und Industrie im Stich gelassen. Mit der Gasförderung werden massive Gewinne aus dem Boden herausgezogen und auf dem Schaden bleiben die Bürger sitzen und fühlen sich allein gelassen. Die Bürger bezahlen einen hohen Preis für die Erdgasförderung.“ (Auszug aus meinen Briefen) Ich verweise darin auch auf den Faktor Versorgungssicherheit. Denn bereits jetzt ist Deutschland zwar nicht ausschließlich, aber in hohem Maße von russischem Gas abhängig. Diese Abhängigkeit würde sich durch den Verkauf weiter verstärken. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation rund um die Krim sehe ich diesen Verkauf extrem kritisch. Ich gehe davon aus, dass die gerade vereinbarte zweite Stufe der Sanktionen gegen Russland nicht die letzte sein wird. Ich bin gespannt auf die Antwort und werde darüber informieren. Ich hoffe, dass das Bundeskartellamt dem Verkauf widerspricht bzw. sich im Rahmen der möglicherweise einsetzenden Wirtschaftssanktionen der Verkauf verhindern lässt. Denn ein solcher Verkauf würde den Ausverkauf der Interessen der Bürger bedeuten.



Büro Berlin:
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Redaktion Tatjana Range

Telefon: 030 - 22 77 13 22
E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de